

Donnerstag, 19. Februar 2026

Va Bär &amp; Tal

## Warum die Gemeinden nicht gleich abschaffen?

Wo Sitten schon – mehr schlecht als recht – alles vorschreibt und überall reinredet. Und für nichts verantwortlich ist.

Die zutiefst tragischen Ereignisse von Crans-Montana haben die politischen und publizistischen Abstauber wieder mal zur Höchstform auflaufen lassen. Kaum einer der Namhaften – von denen ich die meistens sehr schätze – war sich zu schade, die Brandstätte schöngeistig über den Wolken und weit weg von den wirklichen Problemen mit schreibgewandten und wortgewaltigen Psychogrammen über Land und Leute zu deckeln. Mal pauschal beschuldigend, mal kollektiv verteidigend, als sässen wir alle auf der Anklagebank und müssten uns für die angebliche Walliser Mentalität rechtfertigen.

Wenig überraschend und unvermeidbar war, dass die jüngste Katastrophe einmal mehr die Gemeinden und ihre Räte in den Fokus drückte. Auf der Flucht aus der Verantwortung wurden die alten Steckenpferde gesattelt. Schnell standen jene auf der medialen Matte, die am liebsten alle Zuständigkeiten nach Sitten verfrachten wollen oder das ultimative Heil in grossen Gemeindefusionen sehen.

Ob's hilft? Sogar die Hauptstadt Sitten outete sich letztendlich freimütig als Brandschutz-Sünderin. Dabei leistet sich die grösste Walliser Gemeinde neben 55 Millionen Franken Personalkosten pro Jahr und einem Generalrat neun voll- und nebenamtliche Stadträte mit fixen 440 Anstellungsprozenten und fürstlichen Vergütungen von insgesamt einer Million Franken. Bei so viel Zuwendung hätten die wenigstens genauer hinschauen können und müssen, was effektiv Sache ist. Und eventuell festgestellt, dass der Staatsrat vor zwei Jahrzehnten bei der Brandschutzverordnung wider-

sprüchliche, ja gesetzeswidrige Bestimmungen erliess.

Gemäss Gesetz sind die kommunalen oder regionalen Feuerkommissionen für die periodischen Gebäudeinspektionen zuständig. Deren Inspektionsberichte sind der Gemeindeverwaltung und der kantonalen Dienststelle zuzustellen. Wieso die Gemeinden nun allein verantwortlich sind und der Kanton aus dem Schneider sein soll, ist schwer nachvollziehbar, passt jedoch ins System der hierzulande politisch praktizierten Partnerschaft: Den Gemeinden werden immer mehr Aufgaben aufgebürdet und immer mehr Kompetenzen entzogen.

Dabei warte ich immer noch auf überzeugende Beispiele, dass Abläufe verbessert wurden, seit sie kantonalisiert sind. Mir scheint, dass das Gegenteil passiert: Alles wird aufwendiger, umständlicher, ineffizienter und unter dem Strich teurer. Genau gesehen, gibt es bald keine relevanten Verwaltungsbereiche mehr, wo die Departemente, ihre drei Dutzend Dienststellen und die vielen Chefs nicht die Finger drin haben, Verfahren verkomplizieren und unnötig in die Länge ziehen. Das liederliche Unvereinbarkeitsgesetz, die fragwürdige KESB-Übung oder das Datenschutz-Diktat sind nur ein paar beliebige Musterchen aus jüngerer Zeit.

Weit ärgerlicher ist die zum Monster ausgewachsene Bürokratie im Bauwesen. Eigentlich hätte die sinnvolle Digitalisierung auf der Plattform «Construction» alles papierloser und einfacher machen sollen. Nun sehen wir, dass der erleichterte Zugang zu den Baugesuchen mitunter eine Flut unge-

betener Stellungnahmen auslöst, die nur Probleme schafft und keine löst. Stattdessen liefern sich Dienststellen aus dem gleichen Departement einen Hahnenkampf darüber, ob Schindeln oder Fotovoltaikpanels auf heimatgeschützte Hausdächer kommen.

Nicht zu reden von der ideen- und innovationsfreien Raumplanung, mit der Sitten die Gemeinden seit Jahren auf Bergen von Dossiers durchs Dorf treibt und die Ortsplanungsbüros im Schwung hält. Was auch eine kleine Gemeinde eine Viertelmillion kostet, gipfelt am Ende vielerorts in der Preisfrage: Was hats an Mehrwert wirklich gebracht?

All das ist nur möglich, weil die Gemeinde keine Lobby haben. Ihre Verbände, Vereine und Netzwerke sind mehr unterwürfige Erfüllungshilfen des Kantons statt Interessenvertreter ihrer Mitglieder. Da spielt die Vorsicht mit, es mit Sitten ja nicht zu verschmerzen und Retourkutschen partout zu riskieren.

Sie, liebe Leserinnen und Leser, sehen selbst, dass es so auf die Dauer nicht funktionieren kann. Da kann man die Gemeinden gleich abschaffen, oder nicht?



**Beat Jost**  
1954, ist in Obergesteln aufgewachsen und lebt in Albinen.  
bjc.jost@bluewin.ch

Kolumne

## Die SRG und die KI-Welle: sind wir dafür bereit?

Am 8. März stimmen wir über die SRG-Initiative ab. Unser Kolumnist fragt sich, ob es einen schlechteren Zeitpunkt gibt, den Service public zu schwächen.

Erinnern Sie sich an das Foto einer Familie, die am Strand in Thailand scheinbar unbeschwert spielt, und zwar im Moment kurz vor dem Tsunami von 2004? Im Vordergrund: Ferien, Ruhe, Normalität. Im Hintergrund: eine gewaltige Welle, die Sekunden später alles überrollen wird. Dieses Bild brauche ich oft dazu, um den Kontrast zwischen unseren alltäglichen Aktivitäten (die Familie im Vordergrund) und dem Eintreten tiefgreifender Veränderungen, die alles auf den Kopf stellen werden (die Welle im Hintergrund), zu veranschaulichen.

Als Experte für Ethik digitaler Technologien habe ich zunehmend das Gefühl, dass wir mit der bevorstehenden Abstimmung vom 8. März über die «Halbierungsinitiative» der SRG in einer sehr ähnlichen Lage sind. Wir diskutieren über den Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Medien, wir führen Kontroversen über das politische Gleichgewicht in den Sendungen der öffentlich-rechtlichen Sender und wir debattieren darüber, ob es fair ist, dass grosse Unternehmen Rundfunkgebühren zahlen. All diese Fragen sind legitim. Aber: Wir befinden uns am Strand, und hinter uns rollt eine riesige Welle heran.

Diese Welle besteht aus zwei Kräften, die sich gegenseitig verstärken: dominante Plattformen und Künstliche-Intelligenz-(KI)-Systeme, die Inhalte generieren. Und diese Welle wird unser Informationsökosystem möglicherweise komplett zerstören – im besten Fall tief verändern.

Erstens: Generative KI kann heute Texte, Bilder, Stimmen und

Videos in Sekunden erzeugen. Das ist billig, massenhaft und zunehmend überzeugend. Plausibel wirkende Inhalte, die nicht wahr sind, werden allgegenwärtig. Wir müssen uns auf eine Welt einstellen, in der die Menge an Inhalten explodiert und in der das Falsche überall sein kann, nicht als Störung, sondern als Grundrauschen. Kommerzielle (Klicks, Werbung, Betrug) und politische (Stimmungsmache, Polarisierung, Desinformation) Manipulation wird einfacher als je zuvor.

Zweitens: Unser Informationsfluss läuft immer stärker über wenige digitale Kontrollinstanzen. Plattformen und ihre Algorithmen entscheiden, was wir sehen oder hören. Das ist nicht neutral, sondern folgt Marktlogiken, die Aufmerksamkeit und emotionale Erregungen anvisieren. Und je mehr wir uns dort informieren, desto stärker werden öffentliche Debatten von privaten Regeln, intransparenten Prioritäten und Machtinteressen geprägt.

Plattformmacht und politische Macht können sich zudem gegenseitig «ausrichten». Sichtbar wird das derzeit besonders deutlich in den USA. Besant ist dabei vor allem der Umgang mit der Meinungsäusserungsfreiheit. Unter dem Etikett «Free Speech» können Regeln so verschoben werden, dass Hass, Einschüchterung und koordinierte Kampagnen profitieren, während kritische Stimmen verdrängt werden. Grundsatzentscheidungen fallen dann nicht in demokratischen Verfahren, sondern in privaten Konzernzentralen.

Wenn Tech-Giganten künftig nicht nur steuern, was wir sehen,

sondern auch, was überhaupt entsteht, braucht es eine unabhängige Gegenmacht: einen starken Service public. Es darf dabei nicht um Klickzahlen, nicht um Werbekunden, nicht um Plattformlogiken gehen, sondern um Verlässlichkeit, Demokratie und Souveränität. Wo der Service public solide finanziert ist, ist die Bevormundung politisch besser informiert, Randthemen verschwinden nicht aus der Agenda und Qualitätsstandards bleiben verbindlich. In einer Zeit, in der KI-Täuschungen massenhaft und blitzschnell zirkulieren, wird er zur zentralen Garantie der Demokratie. Geprüfte Informationen bleiben zugänglich für alle.

Das ist Souveränitätspolitik. Die SRG verankert Information und Debatte in Schweizer Recht und Werten, statt dass unsere Öffentlichkeiten zunehmend von externen Plattformregeln abhängig wird. Die Welle kommt, und ich frage mich, ob es einen schlechteren Zeitpunkt geben könnte, den Service public zu schwächen.



**Johan Rochel**  
1983, stammt aus Monthey und wohnt in Zürich. Er ist Forscher in Rechtsphilosophie und Geschäftsführer von ethix, einer Beratungsfirma, die sich mit ethischen Fragen rund um Innovation befasst.  
johan.rochel@gmail.com

Kolumne

## «Queenagerinnen» – keine Zunft für sich

Wenn Frauen in der Lebensmitte zur Krone greifen.

Daheim, vereinzelt noch in ein paar Ritzzen zu finden, sind die Konfetti dem Alltag gewichen. Was haben wir gesungen, getanzt und getobt – wie zu unseren besten Teenie-Zeiten. Vorbei die Paukenschläge und verdaut die enthemmenden Säfte, verbleibt die entlarvende Erkenntnis: Aus den verrückten Teenagerinnen von damals reifen wundervolle «Queenagerinnen».

Mit dieser Wortschöpfung ist nicht etwa ein fantasievolles Kosmikum gemeint. Der Begriff setzt sich aus «Queen» und «Teenagerin» zusammen und wurde von der britischen Journalistin Eleanor Mills geprägt. Sie definiert damit Frauen, die selbstbewusst, aktiv und unabhängig in

ihrer Lebensmitte stehen. Im Beruf, in der Gesellschaft, im Privatleben. Frauen, die mit fortschreitendem Alter nicht leiser, sondern klarer und sichtbarer werden. Frauen, die merken: Da kommt noch was.

Die Realität vieler Frauen in der Lebensmitte sieht nicht sehr königlich aus. Je nach Lebensentwurf und -umständen überrollen uns die Rollen des Lebens. Familie, Beruf, Vereinbarkeit. Freiheitsraubendes Pflichtbewusstsein, immer wieder Selbstzweifel, Erschöpfung. Aber da kommt noch was!

Es kommt eine Zeit, in der wir nicht mehr so viele Bälle gleich-

zeitig jonglieren müssen. Eine Zeit für berufliche oder kreative Veränderungen. Eine Zeit, in der wir unsere Potenziale neu entdecken. Eine Zeit, die wir frei und mit jugendlicher Lebensfreude gestalten können. Im Wechsel der Jahre, mit dem Willen zum Aufbruch.

Mit ihrem bekannten Buch «Mitte des Lebens – Eine Philosophie der besten Jahre» wirkt Philosophin Barbara Bleisch dem unliebsamen Ausblick auf die Wechseljahre kraftvoll entgegen. Auch sie betrachtet die Lebensmitte vielmehr als Chance denn als Defizit. Als Blütezeit, in der das Leben trotz oder gerade wegen seiner Brüchigkeit tiefer und kostbarer wird. Ähnlich

wie Mills betont sie die gewonnene Reife und die Freiheit, neue Lebenskapitel zu gestalten.

Schauen wir uns in unserem Umfeld um. Es gibt viele Frauen, die ihre Erfahrung und Würde königlich mit der Neugier und dem Enthusiasmus einer Teenagerin vereinen. Was dabei auffällt: «Queenagerinnen» gehen ihren Weg selten allein. Sie suchen Austausch. Sie vernetzen sich. Sie inspirieren und ermutigen sich gegenseitig. «Queenagerinnen» haben keinen närrischen Machtanspruch, fordern keine Bühne. Sie schaffen sich Räume.

Im Oberwallis gibt es solche Räume längst. Der Verein

von Iris ist ein jüngeres Beispiel dafür, wie kraftvoll und wirksam Solidarität unter Frauen sein kann. Erfahrung wird nicht gehortet, sondern weitergegeben. Erfolg wird nicht neidisch beäugt, sondern gefeiert. Frauen konkurrieren nicht – sie multiplizieren. Aus der Mitte des Lebens, generationenübergreifend.

«Queenagerin» ist keine Zunft für sich, auch kein Status. Es ist ein Entwicklungsweg und eine Haltung, in die jede Frau hineinwachsen kann. Es geht um Ermächtigung und Stärkung – insbesondere für Frauen, die gerade erst beginnen, ihren Selbstwert wiederzuentdecken und weiterzuentwickeln.

Mit einer Energie, die uns auch nach dem Fasnachtstreiben nicht ausgehen wird.



**Sabrina Arnold**  
1983, wohnt in Naters. Sie ist Hausfrau und arbeitet Teilzeit im Familienunternehmen.  
sabrinasimplon@gmx.ch